

## **Parolenfassung zum Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge**

### **Kontext**

Im Mai 2014 lehnten 53,4% der Stimmenden das Gripen-Fonds-Gesetz ab und damit die Beschaffung von 22 Gripen Kampfflugzeugen für 3 Milliarden als Tiger-Ersatz. Für die SP war klar, dass es eine neue Volksabstimmung braucht, um über die allfällige Beschaffung neuer Kampfflugzeuge zu entscheiden. Auch forderte die SP stets eine Finanzierung über das normale Budget. Beide Ziele werden erreicht, indem das Parlament vor der Beschaffung neuer Kampfflugzeuge einen referendumsfähigen Planungsbeschluss verabschiedet.

Die SP signalisierte deshalb im Vernehmlassungsverfahren, auf einen Planungsbeschluss einzutreten. Gleichzeitig forderte die SP einen sehr viel inhaltsreicheren Entwurf, der eine qualifizierte Diskussion über alternative Konzepte zur Gewährleistung der Luftraumsicherheit wie „Air2030plus“ der SP ermöglicht. Den Grundstein für „Air2030plus“ legte ein Positionspapier der SP Delegiertenversammlung vom Oktober 2017 in Olten.

Der Bundesrat verweigert jedoch jede Diskussion über sein untaugliches Konzept Air2030. Er will unterstützt von der bürgerlichen Mehrheit einen völlig inhaltsleeren, konzeptlosen Planungsbeschluss vor das Volk bringen. Die SP beantragte im Ständerat deshalb in der Herbstsession 2019 Rückweisung an den Bundesrat, dies verbunden mit dem Auftrag, im Planungsbeschluss ein vierdimensionales Konzept zur Luftraumsicherheit vorzulegen einschliesslich bodengestützte Mittel, Radarüberwachung und C2Air (neues Führungssystem); zudem sei die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Früherkennung und Frühwarnung sowie zwischen den Luftstreitkräften der Nachbarländer auszubauen.

Dieser Rückweisungsantrag scheiterte im Ständerat mit 13 : 30 Stimmen. Alle SP und der Grüne stimmten für Rückweisung, der Bürgerblock geschlossen dagegen. Die SP wird im Nationalrat weiterhin für ihr alternatives Luftraumkonzept kämpfen, das doppelte Sicherheit zum halben Preis ermöglicht. Die Chancen, damit in der Wintersession 2019 eine parlamentarische Mehrheit zu finden, sind aber gering. Umso wichtiger ist es, diese Konzeptdiskussion im Rahmen einer Volksabstimmung führen zu können. Eine Koalition von Parteien und Organisationen bereitet die Lancierung des Referendums vor. Die über 50 000 Unterschriften werden wohl in den Monaten Januar bis März 2020 gesammelt werden müssen. Die Volksabstimmung dürfte damit am 27.09.2020 stattfinden.

**Antrag der Geschäftsleitung:** Hält der Nationalrat am inhaltsleeren Planungsbeschluss zur Beschaffung von Luxus-Höchstleistungskampfflugzeugen für sechs Milliarden fest und lehnt die SP Anträge für die Nutzungsdauerverlängerung der vorhandenen F/A-18 Hornet mittels eines leichten Kampfflugzeuges für alltägliche Luftpolizei und für einen besseren Radar, bessere Führungssysteme und bessere bodengestützte Verteidigung ab, so unterstützt die SP die Lancierung des Referendums und beschliesst die NEIN-Parole zum Planungsbeschluss über die Beschaffung neuer Kampfflugzeuge.

### **Dies namentlich aus folgenden sechs Gründen:**

**1. Doppelte Sicherheit gibt es zum halben Preis.** Im alternativen Konzept „Air2030plus“ der SP steht die Hauptlast der Luftraumsicherheit auf vier Säulen: leichtes Kampfflugzeug, besserer Radar, besseres Führungssystem und bessere bodengestützte Abwehr. Deren Verfügbarkeit ist weit höher als von Höchstleistungs-Kampfflugzeugen, die für den sehr aufwändigen Unterhalt meist im Hangar stehen. Für den Luftpolizeidienst reicht in fast allen Szenarien ein leichtes Kampfflugzeug. Dieses ist ein Vielfaches kostengünstiger. Damit werden die vorhandenen F/A-18 Hornet geschont und deren Nutzungsdauer weit in die 2030er Jahre verlängert. Sie bleiben für robustere Szenarien verfügbar. Dies spart für

Beschaffung und Betrieb viel Geld, schont die Umwelt und das Klima und macht weniger Lärm. Air2030plus erfordert Investitionen von höchstens vier Milliarden statt acht, die das VBS fordert. Und die Sicherheit ist viel höher: Doppelte Sicherheit zum halben Preis.

**2. Luxus-Höchstleistungsflugzeuge für absurde Szenarien:** Der Bundesrat will allein für Höchstleistungs-Kampfflugzeuge sechs Milliarden Franken ausgeben. Diese sind so teuer, weil sie viele Luxus-Fähigkeiten haben, welche die Schweiz gar nicht braucht. So kann der Tarnkappenbomber F-35 unerkannt nach Moskau fliegen, um dort Bomben abzuwerfen. Auch die Superhornet unterscheidet sich von den aktuellen F/A-18 Hornet kaum, ausser dass sie viel grösser und schwerer ist und aus diesem Grund deutlich weiter fliegen kann. Wozu? Die Schweiz plant keine Schläge tief im Feindesland. Solche Luxus-Spielzeuge für Militärpiloten sind extrem teuer, bringen aber keine zusätzliche Sicherheit.

**3. Die geplante Ein-Typen-Luftwaffe funktioniert nicht.** Air2030 sieht vor, dass die Kampfpiloten auf Turboprop-Pilatustrainern PC-21 ausgebildet werden und dann direkt ins Cockpit der neu zu beschaffenden Höchstleistungs-Kampfflugzeuge sitzen. Das ist extrem riskant. Andere Luftwaffen sehen eine weitere Ausbildungsschleife auf einem Jettrainer vor. Auch deshalb macht die alternative Beschaffung eines leichten und kostengünstigen Kampfflugzeuges Sinn: es ist auch für Ausbildungszwecke unverzichtbar. Die Piloten sind dann fit, um im (ohnehin höchst unwahrscheinlichen) Fall der Fälle die nach wie vor hochmodernen und leistungsfähigen F/A-18 Hornet zu fliegen, die wir schon haben.

**4. Unerträglich viel Lärm, Gestank, CO2 und Kosten für nichts.** Alltägliche Luftpolizei ist wichtig. Der Schweizer Luftraum wird äusserst intensiv genutzt. Immer wieder will ein Schlaumeier Gebühren sparen und schaltet den Transponder ab, also den eigenen Radar, welcher der Erkennung dient. Dann muss die Luftwaffe ein Flugzeug losschicken, das den Schlaumeier identifiziert und etwas mit den Flügeln wackelt. Die Luftwaffe fliegt bis zu 400 solcher Einsätze pro Jahr. Air2030 will dafür Tarnkappenbomber oder andere riesige Höchstleistungs-Kampfflugzeuge losschicken. Das ist absurd. Ein leichtes Kampfflugzeug kann das auch, macht viel weniger Lärm, Gestank, CO2 und Kosten. Und kann erst noch deutlich länger in der Luft verweilen und erfordert ein Vielfaches weniger Unterhalt.

**5. Der Luftraumschirm von Air2030 besteht vorab aus riesigen Löchern: das Sicherheitsversprechen ist ein schlechter Witz.** Höchstleistungs-Kampfflugzeuge brauchen eine Kaverne sowie Start- und Landebahnen. Im (ohnehin höchst unwahrscheinlichen) Fall eines geballten Angriffs auf die Schweiz wären diese mittels Fernlenkwaffen innert weniger Stunden zerstört. Hinzu kommt, dass keine intelligente Luftwaffe einen Angriff aus der Luft mittels Höchstleistungs-Kampfflugzeugen abwehrt, weil das viel zu riskant ist. Israel etwa nutzt dafür fast nur Lenkwaffen. Diese sind ständig verfügbar und viel kostengünstiger. Am wahrscheinlichsten sind heute terroristische Risiken mit Drohnen aller Art, sehr tief und langsam fliegende Leichtflugzeuge voller Sprengstoff oder sehr tief und äusserst schnell fliegende Marschflugkörper. Dies erfordert andere Antworten als Höchstleistungs-Kampfflugzeuge. Air2030 hat auf all diese Gefährdungen – etwa für das internationale Genf! – keine taugliche Antwort. Der versprochene Luftraumschirm besteht überwiegend aus riesengrossen Löchern, von Luftraum-Sicherheit keine Spur.

**6. Es gibt Alternativen, die kostengünstig sind und vertieft geprüft werden müssen.** Ein Planungsbeschluss ist keine Beschaffungsvorlage. Ein Planungsbeschluss erteilt dem Bundesrat den Auftrag, im Rahmen definierter Leitplanken vertiefte Abklärungen zu treffen. Die SP vermisst eine qualifizierte Debatte über alternative Konzepte wie Air2030plus und weist deshalb den aktuellen Planungsbeschluss zurück. Air2030plus gibt schlüssige und äusserst kostengünstige Antworten – auch auf neue Risiken aus der Luft wie Drohnen, Leichtflugzeuge und Lenkwaffen. Auch für den höchst unwahrscheinlichen Verteidigungsfall sind ein besserer Radar, bessere Führungssysteme und bessere bodengestützte Interventionsmittel weit wirksamer als eine Eintypen-Luftwaffe mit superteuren Höchstleistungs-Kampfflugzeugen. Deshalb sagen wir NEIN zum inhaltsleeren Freipass des Bundesrates.